



Mit der Ernennung von **Diella** zur „Ministerin für öffentliche Aufträge“ hat Albanien ein Experiment gewagt, das weltweit für Aufsehen sorgt. Zum ersten Mal in der Geschichte eines Staates übernimmt eine künstliche Intelligenz offiziell ein Kabinettsamt. Der Schritt ist Teil der Bemühungen der Regierung, die chronisch von Korruption geplagte Vergabepaxis öffentlicher Aufträge im Land transparenter zu machen. Doch die Innovation wirft weitreichende Fragen auf: Darf eine KI überhaupt Ministerin sein? Wer trägt Verantwortung, wenn Entscheidungen fehlerhaft sind? Und wie verändert sich das Verhältnis von Demokratie, Verwaltung und Technologie, wenn Maschinen politische Rollen übernehmen?

---

## Eine ungewöhnliche Ernennung

Diella wurde ursprünglich als virtueller Assistent für die digitale Plattform *e-Albania* entwickelt. Sie half Bürgerinnen und Bürgern bei Anträgen und stand in Millionen von Interaktionen rund um die Uhr zur Verfügung. Premierminister Edi Rama entschied nun, diese KI auf die nächste Stufe zu heben: Sie soll nicht mehr nur Auskünfte geben, sondern als Ministerin ein Ressort leiten, das seit Jahren im Zentrum politischer Kontroversen steht. Öffentliche Aufträge sind in Albanien ein Bereich, in dem Vetternwirtschaft und Klientelismus regelmäßig Schlagzeilen machen. Die Regierung präsentiert Diella deshalb als Symbol der Unbestechlichkeit und Effizienz, eine digitale Wächterin über Transparenz und Fairness.

Doch schon kurz nach der Ernennung entbrannte eine hitzige Debatte. Während Befürworter betonen, dass eine KI rund um die Uhr verfügbar und nicht anfällig für den Einfluss persönlicher Seilschaften sei, kritisieren Gegner den Schritt als populistischen PR-Coup. Viele Juristen stellen infrage, ob eine Maschine überhaupt ein Amt übernehmen kann, das traditionell politische Verantwortung, Rechenschaftspflicht und menschliches Urteilsvermögen verlangt.

---

## Zwischen Innovation und Rechtsunsicherheit

Der Kern der Kontroverse liegt in der Verfassungstreue dieses Experiments. Minister sind nicht nur Verwaltungschefs, sondern auch politische Figuren, die gegenüber Parlament und Öffentlichkeit Rechenschaft ablegen. Diella kann keine Erklärungen abgeben, keine Debatten

---



führen, keine Verantwortung übernehmen. Wenn Entscheidungen fehlerhaft sind oder gar manipuliert werden, bleibt unklar, wer haftet: die Regierung, die Programmierer oder – niemand. Diese rechtliche Grauzone stellt die Grundprinzipien eines demokratischen Systems infrage.

Hinzu kommt die Frage der Transparenz. Algorithmen sind komplex, oft intransparent, und ihre Entscheidungslogiken schwer nachvollziehbar. Damit Bürgerinnen und Bürger Vertrauen in Diellas Arbeit entwickeln können, müsste offengelegt werden, wie sie zu ihren Ergebnissen gelangt. Ohne nachvollziehbare Kriterien besteht die Gefahr, dass Entscheidungen einer „Black Box“ überlassen werden, die zwar effizient zu sein scheint, aber kaum kontrollierbar ist.

---

## Chancen für Albanien

Trotz aller Bedenken ist der Schritt nicht ohne Potenzial. Gerade in einem Land, das seit Jahrzehnten mit massiver Korruption ringt, könnte ein automatisiertes System tatsächlich helfen, menschliche Einflussnahme zu begrenzen. Diella verkörpert den Versuch, Entscheidungen standardisierter und nachvollziehbarer zu machen, und sendet damit auch ein starkes Signal an die Europäische Union, dass Albanien den Kampf gegen Missstände ernst nimmt.

Darüber hinaus verspricht die KI eine effizientere Verwaltung. Sie ist jederzeit verfügbar, kann Daten schneller verarbeiten als jede menschliche Beamtin und könnte bürokratische Abläufe beschleunigen. Sollte es gelingen, Vertrauen in ihre Unabhängigkeit zu schaffen, wäre dies ein Fortschritt, der weit über den Bereich der öffentlichen Aufträge hinaus Strahlkraft entwickeln könnte.

---

## Grenzen und Gefahren

Doch die Risiken sind ebenso offensichtlich. Eine KI ist nur so objektiv wie die Daten, auf denen sie basiert. Werden diese von früheren Missständen geprägt, werden automatisierte Systeme Verzerrungen reproduzieren. Hinzu kommt die Gefahr gezielter Manipulation:



Hacker oder wirtschaftliche Interessengruppen könnten versuchen, die Algorithmen in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Noch schwerer wiegt die demokratische Dimension. Wenn politische Verantwortung an ein System übertragen wird, das nicht gewählt, nicht kontrolliert und nicht haftbar ist, verliert das Parlament an Einfluss und Bürgerinnen und Bürger an Mitsprache. Statt einer Stärkung der Demokratie würde ein solcher Schritt am Ende deren Aushöhlung bedeuten.

Auch das Risiko der Symbolpolitik ist nicht zu unterschätzen. Sollte die Regierung die Ernennung Diellas vor allem als Zeichen des Fortschritts nutzen, ohne tiefgreifende Reformen in Justiz und Verwaltung voranzutreiben, könnte sich der Schuss ins Gegenteil verkehren: Vertrauen würde nicht gestärkt, sondern weiter erodieren.

---

## Ein Blick über die Grenzen

Andere Länder zeigen, dass digitale Verwaltung auch ohne derartige Experimente erfolgreich sein kann. Estland gilt seit Jahren als Musterbeispiel für E-Government. Dort sind Verwaltungsprozesse nahezu vollständig digitalisiert, Bürgerinnen und Bürger müssen ihre Daten nur einmal angeben, und staatliche Dienstleistungen lassen sich mit wenigen Klicks erledigen. Dennoch bleibt die politische Verantwortung bei gewählten Personen, während KI vor allem als Werkzeug dient, nicht als Amtsträger.

Auch in der Schweiz oder in Singapur wird KI eingesetzt, um Verwaltungsprozesse effizienter zu gestalten. Doch nirgendwo ist bisher die Idee entstanden, einer Maschine einen Ministertitel zu verleihen. Der Unterschied liegt im Verständnis von Demokratie: Technologie soll unterstützen, nicht ersetzen.

---

## Politische Implikationen

Ob Diella ein Vorbild oder ein warnendes Beispiel wird, hängt davon ab, wie Albanien mit den aufgeworfenen Fragen umgeht. Notwendig sind klare gesetzliche Grundlagen, die definieren, wie ein „virtuelles Ministeramt“ funktioniert, welche Aufgaben es übernehmen darf und wie



Verantwortung geregelt ist. Ebenso unverzichtbar sind unabhängige Prüfungen und die Möglichkeit für Bürgerinnen und Bürger, Entscheidungen anfechten zu können.

Nur wenn Transparenz, Rechtsstaatlichkeit und demokratische Kontrolle gewahrt bleiben, kann dieses Experiment mehr sein als ein politisches Schaufensterprojekt. Andernfalls droht es, das Misstrauen in die Institutionen eher zu verstärken. Für Albanien ist es eine historische Chance, durch Innovation Glaubwürdigkeit zu gewinnen. Doch sie wird nur dann genutzt, wenn Symbolik nicht als Ersatz für echte Reformen dient.

**Autor: P. Tiko**

VIDEO:   Albania's new AI-generated minister makes first address to parliament

The world's first AI government minister defended her role as "not here to replace people, but to help them". 'Diella' was appointed by Prime Minister Edi Rama last week [pic.twitter.com/2dFh082DLz](https://pic.twitter.com/2dFh082DLz)

— AFP News Agency (@AFP) September 18, 2025